

Einbringung des Gemeinde-Haushalts 2007 Sitzung des Gemeinderates 29.03.2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

das, was Sie zum Haushalt heute mit nach Hause nehmen können, sieht nicht nur von außen anders aus, auch der Inhalt ist vollständig anders aufgebaut. Es ist zwar der Haushaltsplan geblieben, gleichwohl nicht mehr nach kameralen, sondern nach kaufmännischen Grundsätzen aufgebaut. Ostbevern ist im NKF, im Neuen Kommunalen Finanzmanagement angekommen.

Waren es zuvor 10 Einzelpläne, aufgeteilt in Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt mit einer Vielzahl von Haushaltsstellen, so sind es jetzt 63 Produkte, die zu insgesamt 17 Produktbereichen zusammen gefasst sind.

Die Produktbereiche hat der Landesgesetzgeber vorgegeben. Die einzelnen Produkte sind, wie Ihnen bei dem einen oder anderen Sachstandsbericht dargelegt, hier im Hause festgelegt worden. Dabei haben wir uns an Erfahrungen anderer Kommunen orientiert, die ähnlich vorgegangen sind.

Zentraler Bestandteil des NKF ist der Wechsel vom Geldverbrauchs-konzept hin zum Ressourcenverbrauchs-konzept.

Zentrale Steuerungsgröße sind künftig Erträge und Aufwendungen, nicht mehr die Einnahmen und Ausgaben.

Mit der Abbildung des tatsächlichen Werteverzehrs über Abschreibungen soll die Erfassung des Ressourcenverbrauchs bei der Wahrnehmung der Aufgaben möglich gemacht werden.

Für die Planung, Bewirtschaftung und den Abschluss stützt sich das NKF auf drei Bestandteile:

- **Ergebnisplan und Ergebnisrechnung**
- **Finanzplan und Finanzrechnung**
- **Bilanz**

Der Ergebnisplan / die Ergebnisrechnung entspricht der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung.

Der Finanzplan / die Finanzrechnung stellt alle zahlungswirksamen Geschäftsvorfälle dar, also die Einzahlungen und die Auszahlungen. Hieraus wird die Investitionsplanung und die Liquiditätsentwicklung abgeleitet.

Die Bilanz stellt das kommunale Vermögen sowie dessen Finanzierung dar.

Wie vereinbart, wollen wir uns gemeinsam in den neuen Haushaltsplan einlesen. Zu dieser „Lesestunde“ am 21. April 2007 um 14.30 Uhr hier im Rathaus lade ich Sie sehr herzlich ein.

Mit der bislang zu Beginn meiner Haushaltsreden gewählten Aussage: „Der Haushalt ist ausgeglichen“, möchte ich auch heute beginnen. Auch der Entwurf des Haushalts 2007 konnte ausgeglichen werden, allerdings nur durch Rückgriff auf die sog. Ausgleichsrücklage. Strukturell konnte auch dieser Haushalt nicht ausgeglichen werden.

Bevor ich zur Finanzlage und den Perspektiven für Ostbevern komme, möchte ich kurz einen Blick ins Land werfen und aufzeigen, wie sich dort beim Thema Finanzen die Situation darstellt:

In den letzten Wochen und Monaten haben die guten **Gewerbesteuereinnahmen** die Schlagzeilen in den Medien bestimmt. Dass die Gewerbesteuer kräftig sprudelt, ist zweifelsohne richtig. Richtig ist aber auch, dass sich dieses Sprudeln sehr unterschiedlich im Land darstellt: In einigen Kommunen mehr, in anderen Kommunen weniger.

Hinzu kommt, dass mit diesen Meldungen ein Stückweit auch die nach wie vor angespannte Finanzsituation der öffentlichen Hand überlagert wird. Die Haushaltsumfrage des Städte- und Gemeindebundes NRW von Januar 2007 zeigt, dass auch in diesem Jahr nicht mit einer nachhaltigen Verbesserung der Lage der Kommunalfinanzen gerechnet werden kann.

Die Zahl der kreisangehörigen Kommunen in der Haushaltssicherung wird mit knapp 200 auf hohem Niveau bleiben. Mehr als ein Drittel dieser Kommunen, es sind etwa 80 Städte und Gemeinden, werden keine Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes erhalten. Sie können aus eigener Kraft die Finanzen nicht mehr konsolidieren. Eine entsprechende Resolution dieser Nothaushaltskommunen ist in den letzten Wochen an das Land gegangen mit der nachdrücklichen Forderung, die Verschlechterungen im GFG 2007 zurückzunehmen (Sie erinnern sich: Erhöhung der Krankenhausinvestitionsumlage u.a. mehr) und die Gemeindefinanzreform schnell voran zu treiben.

Zum Thema **Neujustierung des Gemeindefinanzierungsgesetzes** habe ich in der vergangenen Woche gehört, dass wir darauf leider noch länger warten müssen. Das Innenministerium hat kürzlich das IFO-Institut beauftragt, ein Gutachten zur Finanzstruktur des GFG zu erstellen. Mit dem Gutachten wird Ende 2008 gerechnet.

In 2009 sind Kommunalwahlen. Sie können sich vorstellen, dass in dem Jahr keine richtige Freude bestehen wird, sich mit dem Thema auseinander zu setzen.

In 2010 haben wir Landtagswahl in NRW. Kommentar: Wie zuvor.

Will sagen: Wir können nicht davon ausgehen, dass wir vor 2011 eine neue Finanzstruktur im GFG finden werden, durch die wir uns gerade im sog. ländlichen Raum eine Verbesserung versprechen. Leider.

Leider beteiligt uns in diesem Jahr das Land auch nicht an den Steuermehreinnahmen, sondern es verbleibt bei dem zuvor bereits angesprochenen Konsolidierungsbeitrag, den die Städte und Gemeinden für das Land leisten müssen. Das Land konnte aufgrund dieser Mehreinnahmen die Nettoneuverschuldung von 6,7 Mrd. € um 52 % auf 3,2 Mrd. € zurückfahren. Ein an sich gutes Ergebnis, wenn man außer Acht lässt, dass die Kassenkredite der Kommunen gleichzeitig steigen.

Wir sind jedenfalls sehr gespannt auf die Steuerschätzung im Mai und verbinden damit die Hoffnung, dass gute Ergebnisse, die das Land dort sehen wird, auch anteilig an die Kommunen weiter gegeben werden.

Zurück nach Ostbevern.

Das Jahr 2006 konnte, wie bereits gehört, besser abgeschlossen werden als geplant. Die Rücklagenentnahme konnte vermieden werden.

Dieses an sich gute Ergebnis hilft uns jetzt im NKF-Haushalt nicht so wirklich weiter, wie im weiteren Verfahrensverlauf der Beratungen sicherlich noch zu erörtern sein wird.

Erstmalig sind nun in einem Haushalt dieser Gemeinde **Rückstellungen für Pensionen und Abschreibungen auf Vermögenswerte** der Gemeinde enthalten, und zwar in einer Größenordnung von knapp 600 T€ netto. Davon entfallen knapp 500 T€ Euro auf die Abschreibungen und rd. 100 T€ auf Rückstellungen für Pensionen. Dabei sind sogenannte Sonderposten in einer Größenordnung von rd. 1,0 Mio. Euro bereits gegengerechnet. (*Sonderposten sind Zuwendungen und Beiträge für Anlagegüter, die analog zu den Abschreibungen (Aufwand) als Erträge ratierlich aufgelöst werden.*)

Dieser Betrag belastet den Haushalt, der ein Gesamtvolumen von rd. 15,5 Mio. € hat, nicht unerheblich.

Der Haushaltsausgleich 2007 kann deshalb nur, wie zuvor erwähnt, durch der **Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage** in Höhe von rd. 1 Mio. € erzielt werden. In der Finanzplanung sind weitere Rücklagenentnahmen vorgesehen, die zwar von Jahr zu Jahr geringer werden, gleichwohl bis 2010 in der Summe bei rd. 2 Mio. € liegen. Damit ist die Ausgleichsrücklage aufgezehrt und es muss gelingen, den Haushalt dann ohne eine solche Rücklage auszugleichen. Gelingt dieses nicht, ist der Weg in die Haushaltssicherung vorgezeichnet.

Aber so weit sind wir noch nicht, auch will ich keine Angst verbreiten. Ich möchte damit aufzeigen, dass wir weiter sparsam mit den Mittel umgehen müssen, gleichwohl innovativ, kreativ und zugleich offen bleiben für Planungen und neue Ideen.

Planen ist in der Regel wirtschaftlicher als improvisieren. Planen eröffnet neue Perspektiven, lässt Zeit zur Entwicklung von Alternativen und ebenso von alternativen Finanzierungsmodellen. Planen ist gerade in der heutigen Zeit wichtig, um schnell und abgestimmt auf neue Entwicklungen reagieren zu können.

Auch die **Haushaltssatzung** sieht im NKF anders aus. Der Entwurf, den ich Ihnen heute vorlegen, enthält folgende Eckpunkte:

Der **Ergebnisplan (Gewinn- und Verlustrechnung)** hat ein Volumen von rd. 15,5 Mio. € auf der Aufwandseite. Die Erträge sind mit rd. 14,5 Mio. € veranschlagt. Die Differenz von ca. 1 Mio. € wird durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage geschlossen.

Im **Finanzplan** sind 15,4 Mio. € bei den Einzahlungen und 16,3 Mio. € bei den Auszahlungen vorgesehen. Die Differenz wird durch die Inanspruchnahme von Kassenkrediten geschlossen.

Kredite für Investitionen sind nicht vorgesehen, ebenso keine Verpflichtungsermächtigungen.

Die **Steuerhebesätze** sollen unverändert bleiben.

Der Höchstbetrag der soeben angesprochenen **Kassenkredite** ist mit 1,5 Mio. € vorgesehen. Sicherlich erscheint Ihnen dieser Betrag sehr hoch, zumal wir in den letzten Jahren die Ermächtigung für Kassenkredite nicht in Anspruch nehmen mussten. In der Regel hatten wir im Haushalt eine Ermächtigung in Höhe von 500.000 € vorgesehen.

In der Finanzplanung müssen wir nun auch die Zahlungsströme abbilden und deshalb ergibt sich aus diesen Zahlen ein rechnerischer Bedarf an Kassenkrediten in der genannten Höhe.

Wir sind jedoch recht zuversichtlich, dass es uns gelingt, an die guten Ergebnisse der Vorjahre anzuschließen und Kassenkredite zu vermeiden.

Schauen wir uns die **Ertragseite** an, so fallen die **Steuern und Abgaben** mit rd. 7,2 Mio. € als größter Block ins Auge. Die Grundsteuern A und B sind mit einer leichten Steigerung in Höhe von 50.000 € kalkuliert, die Gewerbesteuer ist mit 2,8 Mio. € veranschlagt. Wir sind zuversichtlich, dass wir dieses Ergebnis erreichen werden.

Die weiteren Ertragsblöcke wie **Zuweisungen, Umlagen, Leistungsentgelte** (Gebühren, Beiträge, Mieten, Pachten) und Kostenerstattungen machen insgesamt einen Betrag von knapp 7,7 Mio. € aus, bewegen sich damit – bis auf den Ertrag aus dem Verkauf von Anlagevermögen (Stichwort: Verkauf von Grundstücken im neuen Baugebiet Kohkamp) im Rahmen des Jahres 2006.

Bei den Aufwendungen steht die **Kreisumlage** – wie in jedem Jahr – an der Spitze. Für 2007 sind 4,85 Mio. € veranschlagt. In diesem Betrag sind auch rd. 700.000 Euro enthalten für die Kosten, die die Gemeinde nun über die Kreisumlage zur Finanzierung des SGB II zu tragen hat. Der Aufwand der Gemeinde liegt im Vergleich zur früheren Regelung nach dem Sozialhilfegesetz nach wie vor um rd. 200.000 € pro Jahr höher.

Nachdem es nun in unserer Arbeitsgemeinschaften keine direkte Beteiligung der Städte und Gemeinden an den Kosten des SGB II geben wird, was sich im übrigen bei der Sozialhilfe bestens bewährt hat, gibt ein vor wenigen Tagen vorgelegter Referentenentwurf des Sozialministeriums NRW zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum SGB II Hoffnung, demnächst doch noch zu der zugesagten Entlastung zu kommen. Dieser Referentenentwurf sieht vor, dass mit der Landesersparnis bei den Wohngeldausgaben alle Kreise und kreisfreien Städte einen Ausgleich der Belastungen durch das SGB II erhalten.

Dieses Verfahren ist ausdrücklich zu begrüßen. Es bleibt jetzt abzuwarten, wie sich diese Regelung auf uns auswirkt.

Ein weiterer großer Aufwandsposten sind die **Personalkosten**, die mit 2,269 Mio. € veranschlagt sind. Tarifliche Erhöhungen der Vergütungen und Gehälter sind nicht vorgesehen. Die Anzahl der Stellen ist im Vergleich zu 2006 unverändert geblieben.

In der Finanzplanung ist eine tarifliche Erhöhung von jährlich 1 % vorgesehen.

Beim Blick in die Personalkosten-Zukunft möchte ich kurz ein Thema ansprechen, mit dem wir uns demnächst befassen sollten: Brauchen wir im Rathaus Ostbevern einen **Wirtschaftsförderer**. Ihnen ist bekannt, dass wir im Kreis und in den Städten und Gemeinden die Frage der Neuausrichtung der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Kreis Warendorf diskutieren. Es ist auch im Kreis der Kollegen Bürgermeister eine deutliche Tendenz zu erkennen, dass sich die GfW künftig mehr um Themen wie Europa und Förderprogramme kümmern soll, also Themen, die alle Städte und Gemeinden angehen, die Wirtschaftsförderung vor Ort aber verstärkt von den Kommunen wahrgenommen werden soll. Von daher mache ich mir derzeit Gedanken, ob wir demnächst einen Wirtschaftsförderer einstellen sollen / müssen, wie innerhalb des letzten Jahres beispielsweise in Telgte und Drensteinfurt geschehen. Aktuell, es war am letzten Wochenende zu lesen, sucht die Gemeinde Wadersloh einen Wirtschaftsförderer.

Ich möchte hier zunächst die Erkenntnisse aus der **Marketing-Initiative** abwarten, zu deren Auftaktveranstaltung ich demnächst einladen werde.

Nach diesem Ausflug in die Wirtschaftsförderung zurück zum Haushaltsentwurf.

Der **Aufwand für Sach- und Dienstleistungen** mit insgesamt 2,9 Mio. € umfasst u.a. die Unterhaltung der Gebäude (einschl. der Sanierungsmaßnahmen, die früher im Vermögenshaushalt veranschlagt wurden), die Straßenunterhaltung, die Straßenreinigung, die Schülerbeförderung, die Bauleitplanung usw.. Im Vorbericht ist dieser Block detaillierter dargelegt.

Bei der **Straßenunterhaltung** sind beispielsweise neben der Oberflächensanierung an Wirtschaftswegen auch die Pflastersanierung der Hauptstraße (15 T€) und die Asphalterneuerung Großer Kamp Teilabschnitt 1 (30 T €) vorgesehen.

Für das **Projekt Familienbündnis** sind die aus dem Haushalt 2006 bekannten 45.000 € eingestellt. Ich glaube sagen zu dürfen, dass wir uns mit diese Projekt über die Grenzen des Kreises Warendorf hinaus einen Namen gemacht haben. Viel wichtiger ist allerdings die Tatsache, dass es mit dem Projekt gelungen ist, die Kräfte vor Ort zu bündeln und neue Wege zu gehen.

Das Ostbevern mit zu den ersten Kommunen in NRW gehörte, in denen ein **Familienzentrum** eingerichtet wurde, ist der Projektarbeit und dem engagierten Projektteam mit zu verdanken. Aktuell läuft die Bewerbung für das Zertifizierungsverfahren für unser Familienzentrum mit den fünf Tageseinrichtungen.

Mit dem Familientag 2007, der am 16. September 2007 stattfinden wird, ist ein erstes Zwischenziel erreicht. Ich bin der Auffassung, dass wir danach allen Akteuren etwas Zeit geben müssen, die Ergebnisse in die Praxis umzusetzen und wirken zu lassen. Gleichwohl sollte die Gemeinde auch in den nächsten Jahren das Projekt fortsetzen und dafür dann auch die erforderlichen Mittel bereit stellen.

Bereitgestellt werden im Haushaltsentwurf 10.000 Euro für die Entwicklung eines Konzeptes „**Umgestaltung Umspannwerk zu einem Begegnungszentrum**“. Diese Mittel sollen verwendet werden für die Umsetzung eines Moderationsprozesses. Derzeit werden Angebote von Büros, die solche Moderationen durchführen eingeholt und dem Haupt- und Finanzausschuss demnächst zur Entscheidung vorgelegt. Der Prozess soll noch vor den Sommerferien starten.

Bei den Kosten der Bauleitplanung sind u.a. auch Mittel für die Planung der Westumgehung vorgesehen. Die Straßenplanung wird bekanntlich im Rahmen der Bauleitplanung entwickelt. Mittel für den Bau der Straße sind im Finanzplanungszeitraum (bis 2010) nicht vorgesehen. Derzeit ist noch nicht zu erkennen, wann eine Förderung einsetzen wird.

Die **Investitionen** sind, anders als bislang im Vermögenshaushalt, nun aus dem Finanzplan zu erkennen.

Für Investitionen sind insgesamt 1.911.000 € eingeplant, davon entfallen 593 T€ auf Baumaßnahmen und 1.05 T€ auf Grunderwerb (Stichwort: Neues Baugebiet Kohkamp), sowie 181 T€ auf den Erwerb von beweglichem Vermögen.

Einige der Baumaßnahmen, für die Mittel veranschlagt sind:

- | | |
|---|-------|
| ○ Radweg Lienener Damm ab Loburg auswärts | 45 T€ |
| ○ Beleuchtung Kreisverkehr B 51 | 27 T€ |
| ○ Umgestaltung Parkplatz Rathaus | 10 T€ |
| ○ Radweg Wischhausstraße | 15 T€ |
| ○ Verlängerung M. Keller Weg | 90 T€ |

○	Ausbau Rathausstraße	240 T€
○	Straßenausbau im GE-Ost	25 T€
○	Wohnumfeldverbesserung	30 T€
○	Beleuchtung Rathausplatz	30 T€
○	Parkplatz Ambrosius Schule	20 T€
○	Planung Rathhauserweiterung	10 T€

Zum Thema **Rathhauserweiterung** erlauben Sie mir folgende Bemerkung:

Der Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vor wenigen Tagen, die Planungen derzeit ohne Beteiligung eines Architekten fortzuführen, obwohl der Bedarf an zusätzlichen Büroflächen nicht in Frage gestellt wurde, ist auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hier im Rathaus mit einer gewissen Verwunderung zur Kenntnis genommen worden. Dieses um so mehr, als zur Begründung angeführt wurde, man kenne den Haushaltsentwurf 2007 noch nicht. Soweit, so gut. Konsequenter wäre es dann allerdings gewesen, hätte der Gemeinderat vor wenigen Wochen den Vorschlag, jährlich an anderer Stelle 15.000 Euro zu sparen, ebenfalls mit dieser Begründung zurück gestellt. Es wurde gleichwohl anders entschieden. So stellt man sich dann schon mal hier im Hause die Frage, warum das eine möglich und das andere nicht möglich ist.

Ich denke gleichwohl, dass wir in der nächsten Sitzung der Projektgruppe, zu der ich eingeladen habe, auch schnell zu der Erkenntnis kommen werden, dass jetzt Fachleute mit an den Tisch gehören.

Für eine **Erweiterung der Franz-von-Assisi-Grundschule** um Räume für die Offene Ganztags-Grundschule sind in der Finanzplanung für 2008 insgesamt 160 T€ eingestellt.

Der **Ausbau des Mühlenweges** und **ebenso der Ausbau der Schulstraße** sind in der Finanzplanung für das Jahr 2009 vorgesehen.

Für die Anschaffung von **beweglichem Vermögen** ist im Haushaltsentwurf ebenso Geld eingeplant, so z.B. für

○	Betriebs- und Geschäftsausstattung	48 T€
○	Feuerwehr	10 T€
○	Radlader Bauhof	52 T€
○	Geringwertige Wirtschaftsgüter	37 T€
○	Rasenmäher (Schulen)	9 T€
○	Mobile Ringschleife	2 T€

Zum Abschluss eine Aussage zu **Rücklagen und Verschuldung**.

Die **allgemeine Rücklage**, wie wir sie bislang kannten, gibt es im NKF nicht mehr. Aus der Veränderung „Weg von der Betrachtung des Geldverbrauchs, Hin zur Betrachtung des Werteverzehrs“ ist nicht mehr alleine das Bankkonto Maßstab für die Rücklage, vielmehr kommt es auf die Höhe des nicht gebundenen Eigenkapitals an.

Aus dem Eigenkapital bestimmt sich die Höhe der zuvor erwähnten Ausgleichsrücklage, die wir in diesem Jahr zum Ausgleich des Haushalts mit in Anspruch nehmen müssen. Diese Ausgleichsrücklage wird sich voraussichtlich auf insgesamt 3,1 Mio. € belaufen.

Der **Schuldenstand** der Gemeinde ohne Sondervermögen und Beteiligungen (Abwasserwerk, BEVERBAD) beläuft sich zum 31.12.2006 auf 6,159 Mio. €, entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 578 Euro.

Nach Abzug der Tilgung in 2007 in Höhe von 456 T€ wird der Schuldenstand zum Ende des Jahres bei 535 € je Einwohner liegen.

Damit ist Ostbevern weiterhin auf einem guten Weg und liegt nach Feststellung der Gemeindeprüfungsanstalt mit dem genannten Wert unterhalb des Landesdurchschnitts.

Sie werden bei der Durchsicht des Haushaltsentwurfs feststellen, dass nicht wenige Einzelheiten, die bei den Haushaltsstellen früher aufgeführt waren, jetzt fehlen – und auch künftig fehlen werden. Aber das ist das Ziel, welches mit NKF verfolgt wird. Der Gemeinderat soll sich nicht mehr über die einzelne Haushaltsstelle her machen, vielmehr durch die Produktorientierung die politische Steuerungsmöglichkeiten nutzen.

Sie können aufgrund der Produktorientierung künftig genau erkennen, welche Leistung mit welchem Aufwand produziert wird und daraus die Frage ableiten, ob das eine oder andere Ergebnis verbessert werden kann.

Aufgabe des Gemeinderates wird es künftig sein Schwerpunkte zu setzen und Ziele zu formulieren!

Dem **Berichtswesen** kommt dabei künftig eine größere Bedeutung zu. Über das Berichtswesen werden Sie künftig über Fortschritte bei der Zielerreichung bzw. eingetretene Verzögerungen informiert. Der Grad der Zielerreichung wird dabei – wenn möglich - über Kennzahlen messbar gemacht.

Den Entwurf der **Eröffnungsbilanz** finden Sie in den Anlagen zum Haushaltsplan. Dieser Entwurf muss noch testiert werden, sobald alle Angaben prüffähig vorliegen.

Bevor ich Ihnen den Haushalt nun zur Beratung übergebe, möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken für die nicht unerhebliche Kraftanstrengung, die mit dieser Umstellung auf NKF notwendig war. Wir haben dieses parallel zum normalen Dienstbetrieb geschafft, Nochmals herzlichen Dank, besonders auch an Jochen Schindler, an Christoph Busch und ebenso an Steffi Geng.

Ihnen meine Damen und Herren wünsche ich nun viel Lesevergnügen und uns eine gute Beratung des Haushaltsentwurfs 2007.

Herzlichen Dank.

Jürgen Hoffstädt
Bürgermeister